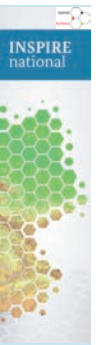


Behörden Spiegel newsletter

geodata kompakt

2. Nationale
INSPIRE-Konferenz
„INSPIRE kommunal“

Weitere Informationen:
www.bmi.bund.de



Nr. 19 Berlin und Bonn

Sondernewsletter zur INSPIRE-Konferenz



ISSN 2194-3486

INSPIRE

(BS) INSPIRE soll die grenzübergreifende Nutzung von Geodaten in Europa erleichtern. Diese INFrastructure for SPatial Information in Europe (INSPIRE) ist das Vorhaben für eine gemeinsame Geodateninfrastruktur in Europa. Die Europäische Union will damit gemeinschaftliche umweltpolitische Entscheidungen unterstützen.

Das Europäische Parlament und der Rat verabschiedeten dazu die Richtlinie 2007/2/EG. Diese trat am 15. Mai 2007 in Kraft und wurde inzwischen von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt.

Die INSPIRE-Richtlinie definiert den rechtlichen Rahmen für den Aufbau von Geodateninfrastrukturen. Fachliche und technische Einzelheiten regelt die EU mit Durchführungsbestimmungen, die für die Mitgliedstaaten direkt verbindlich sind.

In der Praxis fordert INSPIRE eine einheitliche Beschreibung der Geodaten und deren Bereitstellung im Internet, mit Diensten für Suche, Visualisierung und Download. Auch die Daten selbst müssen in einem einheitlichen Format vorliegen. Geodaten sollen leicht zugänglich sein, die Nutzungsbedingungen sollen direkt erkennbar und möglichst unkompliziert sein. Geodaten sollen auch einfach auffindbar sein, und Nutzer sollen leicht erkennen können, ob sich diese Daten für einen bestimmten Zweck eignen. Erfasste Geodaten einer Verwaltungsebene können auch von anderen Verwaltungsbehörden genutzt werden.

Inhalt/Themen

Optimale Geodateninfrastruktur	2
INSPIRE angekommen!	5
Open Data in den Kommunen	8

2. Nationale INSPIRE-Konferenz



V.l.n.r.: Prof. Dr. Karl-Friedrich Thöne, Präsident der Gesellschaft für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement (DVW), Beate Lohmann, Abteilungsleiterin für Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungsorganisation im Bundesministerium des Innern (BMI), und Jürgen Becker, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), eröffneten im Rahmen der INTERGEO 2013 die 2. Nationale INSPIRE-Konferenz - INSPIRE kommunal.

Foto: BS/lin

(BS) Am 9. Oktober 2013 wurde in Essen die 2. Nationale INSPIRE Konferenz gemeinsam von Jürgen Becker, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), und Beate Lohmann, Abteilungsleiterin für Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungsorganisation im Bundesministerium des Innern (BMI), eröffnet.

Die Konferenz versteht sich als Kommunikationsplattform für Beteiligte aus Bund, Ländern und Kommunen, um sich über den nationalen Umsetzungsprozess der INSPIRE-Richtlinie auszutauschen. Sie soll Lösungsansätze im ebenenübergreifenden Kontext, in diesem Jahr mit dem Schwerpunkt "Kommunale Beteiligung", anbieten.

Staatssekretär Becker unterstrich bei der Eröffnung die Bedeutung von Geoinfor-

mationen, insbesondere auf kommunaler Ebene, für die Energiewende:

"Für die Standortauswahl einer Windkraftanlage spielen topografische und meteorologische Bedingungen vor Ort ebenso eine wesentliche Rolle wie die Nähe zu Wohngebieten und die Möglichkeit der Netzanbindung. All diese Geoinformationen müssen miteinander verknüpft werden", so Becker.

Lohmann erklärte im Rahmen ihrer Eröffnungsspeech: "Ich freue mich, dass der Ausbau der GDI-DE als nationaler Teil der europäischen Geodateninfrastruktur weiter voranschreitet. Immer mehr Beteiligte, insbesondere aus den Kommunen, sind aktiv dabei. Dies ist wichtig, da nur eine Vielfalt und Vielzahl von angebotenen Geoinformationen eine lebendige und nutzbringende Geodateninfrastruktur ermöglichen."

Gemeinsames Streben nach der optimalen Geodateninfrastruktur sollte uns antreiben

(BS/Beate Lohmann) INSPIRE und Open Data – das sind große Themen und sie bringen eine Reihe von Herausforderungen mit sich, die wir nur gemeinsam bewältigen können, wenn wir die Position Deutschlands als einem weltweit führenden Innovationsstandort für das Geoinformationswesen festigen und auch weiter ausbauen wollen.

Ziel der INSPIRE Richtlinie ist es, eine gemeinsame, zeitgemäße und benutzerfreundliche nationale Geodateninfrastruktur zu schaffen. In dieser Infrastruktur können Nutzer auf aktuelle, qualitativ hochwertige und – ganz wesentlich – auf den für ihren Bedarf ausgerichtete Geoinformationen aus den verschiedenen Fachbereichen und Ebenen zugreifen und diese in ihre Fach- und Entscheidungsprozesse integrieren. Dazu müssen wir den Bedarf kennen und die Daten bedarfsgerecht bereitstellen.

Es ist gut, dass der Ausbau der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) als nationaler Teil der europäischen Infrastruktur immer weiter voranschreitet. Die GDI gehört zur unverzichtbaren Grundlage unserer modernen Volkswirtschaft und braucht den Zukunftsdialog mit allen Vertretern aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Dazu gehört, dass selbstverständlich auch die Kommunen aktiv dabei sind. Nur eine Vielfalt und Vielzahl von angebotenen Geoinformationen ermöglichen eine lebendige und nutzbringende Geodateninfrastruktur. Diese ist ohne die kommunalen Daten nicht vorstellbar.

Geoinformationen, als Fachinformationen mit Raumbezug, spielen heute in allen gesellschaftlichen Bereichen eine Rolle. Bisher haben wir uns in der Verwaltung sehr intensiv mit der technischen Umsetzung der GDI beschäftigt, Regeln und Standards geschaffen, Grundlagen diskutiert und erste Anwendungen ausprobiert. Nun gilt es diese Infrastruktur für unsere moderne Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Alle Nutzer aus Verwaltung, Wirtschaft und

Wissenschaft brauchen einen einfachen Zugang zu den Datenschätzen, auch zu denen der Kommunen. Wissen und Erfahrungen mögen helfen, richtige Entscheidungen zu treffen, ohne Kenntnis der vollständigen Fakten geht es aber nicht. Manchmal sind Sachverhalte fehlerhaft, veraltet oder lückenhaft, oft ist die Form der Aufbereitung ungünstig, eine Analyse schwierig, weil sehr komplex. Die Geodateninfrastruktur hilft, notwendige Daten zu beschaffen, zu verknüpfen und erleichtert die Darstellung und Auswertung durch Karten und Luftbilder. Mit dem § 14 des am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getretenen E-Government-Gesetzes besteht nun die Verpflichtung, Registerinformationen zukünftig zu georeferenzieren. Die Daten können dann einfacher für Analysen genutzt werden.

Vision und Grundlage

Die INSPIRE Richtlinie bietet die Vision und die Grundlagen für den Aufbau einer Geodateninfrastruktur. Sie fordert in der Praxis eine einheitliche Beschreibung der Geodaten und deren Bereitstellung im Internet. Auch die Daten selbst müssen zeitnah in einem einheitlichen Format vorliegen.

Die PSI-Richtlinie der EU und die Beschlüsse der G8-Staaten zu Open Data gehen noch darüber hinaus. Sie fordern die Öffnung von Daten zur kostenfreien, uneingeschränkten Weiterverwendung durch Dritte. Die im Rahmen der digitalen Agenda erarbeitete Europäische Open Data Strategie fordert die Freigabe von Daten durch die Verwaltungen zur Förderung von Transparenz und Wirtschaftswachstum. Auf Bundesebene haben wir mit dem Bundesgeoreferenzda-



Beate Lohmann, Abteilungsleiterin für Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungsorganisation im Bundesministerium des Innern (BMI), eröffnete mit einer Keynote die 2. Nationale INSPIRE-Konferenz.

Foto: BS/lin

tengesetz, dem Geodatenzugangsgesetz und dem E-Government-Gesetz (EGovG) den Ordnungsrahmen für ein innovatives Geomanagement angelegt. Der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht eine vernetzte, bürger- und wirtschaftsnahe Geodateninfrastruktur, die aktuelle und vollständige Daten für Innovationen bereitstellt. Voraussetzung dafür ist eine weitere Digitalisierung und Vernetzung, für die das EGovG einen Rahmen gegeben hat. Dazu gehören Regeln zur Bereitstellung von Informationen, zum ersetzenden Scannen, zum Ersetzen der Schriftform und vieles mehr. Wichtig ist, dass wir das Gesetz gemeinsam in Bund, Ländern und Kommunen umsetzen, um weitere Insellösungen zu vermeiden und die Vernetzung der Behörden, also arbeitsteilige, medienbruchfreie Verwaltungsprozesse fördern.

Die zunehmende Digitalisierung und ein

*Fortsetzung des Artikels
auf der nächsten Seite*

Fortsetzung des Artikels von Seite 2

innovatives Geomanagement fordern und fördern neue Kooperationsformen. Es gilt, nicht nur rechtliche, technische, semantische und organisatorische Standards abzustimmen. Effizienz und Effektivität erreichen wir vor allem durch arbeitsteilige Prozesse. Sie erlauben die Konzentration auf das Kerngeschäft, die Professionalisierung unterstützender Dienste sowie das Heben von Skalen- und Synergiepotenzialen.

Gemeinsame Nationale Geoinformationsstrategie

Wir erreichen dies nur, wenn wir uns öffnen, loslassen und von anderen lernen. Dazu gehört auch der Dialog mit den Nutzern. Dies verlangt einen Perspektivwechsel hin zu mehr Nutzerorientierung. Dazu haben wir einen Zukunftsdialog gestartet, der nun in einer gemeinsamen Nationalen Geoinformationsstrategie münden soll. Ziel der Nationalen Geoinformationsstrategie sind Rollen und Verantwortlichkeiten zu klären, in den Prozessketten von Erhebung über Aufbereitung bis zur Bereitstellung von Geoinformationen.

Ich wünsche mir bei der Erstellung dieser Strategie eine offene Diskussion unter Einbeziehung aller wesentlichen Beteiligten. Der Themenrat, der 2012 erstmals anlässlich der Erstellung des 3. Geo-Fortschrittsberichts getagt hat, war ein erster Aufschlag, in dessen Diskussion sich wesentliche Punkte herauskristallisiert haben. So wurden die Bedeutung der Bedarfserhebung, der Nutzerorientierung und die Betrachtung von Prozessen hervorgehoben.

Ein weiteres Beispiel für die Beteiligung der Nutzer ist die Online-Konsultation zur Aufstellung der Eckpunkte "Open Government" im Juni 2012. Wesentliches Ergebnis war die Verständigung auf ein koordiniertes Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen.

Gemeinsame Ziele

Mit der Nationalen Geoinformationsstrategie möchte die Bundesregierung ein kohärentes Vorgehen aller Beteiligten sicherstellen, d.h. sie soll mit allen Beteiligten gemeinsam entwickelt werden. Ich bin

dem Lenkungsgremium GDI-DE und insbesondere dem Vorsitzland Niedersachsen außerordentlich dankbar, dass es sich der gemeinsamen Aufstellung einer Nationalen Geoinformationsstrategie angenommen hat. Die Strategie könnte sich gut an die Nationale E-Government-Strategie des IT-Planungsrates anlehnen. Dies auch vor dem Hintergrund der Integration der GDI-DE in die föderale IT- und E-Government-Infrastruktur.

Mit der Nationalen Geoinformationsstrategie sollten sich möglichst alle Beteiligten auf gemeinsame Ziele verständigen, den Handlungs- und Kommunikationsbedarf darstellen und Rollen sowie Verantwortlichkeiten klären. Ich kenne niemanden, der ein solches Ergebnis nicht begrüßen würde. Dann aber sollte es auch gelingen - bei allen unterschiedlichen Interessen - denn wo ein

Wille, ist auch ein Weg. Bei der Aufstellung der Nationalen Geoinformationsstrategie darf nicht nur die Frage "was nutzt mir", sondern die Frage "was kann ich tun, um die Vision einer an den Bedürfnissen der Nutzer ausgerichteten Geodateninfrastruktur zu erreichen", an erster Stelle stehen.

Dieses gemeinsame Streben nach der optimalen Geodateninfrastruktur für Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Bürgerinnen und Bürger sollte uns antreiben. Dazu bedarf es mehr als nur des Aufbaus technischer Infrastrukturen. Wesentlicher Aspekt muss es sein, die Nutzung der Daten zu erhöhen, dazu sollen der Nutzen und die Vorteile erlebbar werden.

Die Nutzer fordern mit gutem Grund einen einfachen Zugang zu aktuellen und vollständigen Geoinformationen. Diese Daten spielen heute eine große Rolle beim Klimawandel, der Energiewende, Stadtentwicklung und vielen anderen. Wenn wir unsere Position stärken wollen, auch im globalen Wettbewerb, müssen wir unsere Chancen nutzen.

Dabei hilft uns der technologische Wandel. Wir müssen diesen Wandel adaptieren, aber auch die notwendigen Ressourcen dafür bereitstellen. Angesichts der Fülle moderner Technologie wird jeder Einzelne von uns wissen, dass er alleine diesen technologischen Wandel gar nicht bewältigen kann. Deshalb müssen wir unsere Kräfte bündeln. Nur gemeinsam werden wir im globalen Wettbewerb bestehen können. Wir müssen besser sein als andere und das schaffen wir nur gemeinsam.

Und gemeinsam meint Verwaltung auf allen Ebenen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Mit der nationalen Geoinformationsstrategie wollen wir die Antworten geben auf die Fragen, wie sich entlang der Prozesskette von der Erhebung bis zur Verbreitung von Geoinformationen Rollen und Verantwortlichkeiten gestalten.

Ich bin davon überzeugt, dass dieses Miteinander auf Dauer nicht nur mehr Erfolg, sondern auch mehr Motivation in der Zusammenarbeit bringen wird. Ich bin daher zuversichtlich, dass wir diesen Weg mit Ihnen gemeinsam gehen werden.



Energiewende beginnt vor Ort

(BS) Jürgen Becker, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), eröffnete im Rahmen der INTERGEO 2013 die 2. Nationale INSPIRE Konferenz – INSPIRE kommunal.

Als zentrale Aufgabe der Kommunen bezeichnete Becker zunächst die Transformation zu Erneuerbaren Energien. Schon jetzt bestehe mittels Erneuerbarer Energien eine zuverlässige Stromversorgung sowie auch ein beachtlicher Netto-Strom-Export. Derzeit werde mehr Strom aus Erneuerbaren Energien gewonnen als aus Kernkraftwerken. Dennoch sei die Energiewende eine zentrale Aufgabe, die von den Kommunen geleistet werden müsse.

Denn die Energiewende beginne lokal und regional vor Ort. Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen sei für die Energiewende ebenso notwendig wie Transparenz und Partizipation. Eben dies erfordere verlässliche Geodaten und Geoinformationen. Eine Geodateninfrastruktur sei notwendig, um die Energiewende meistern zu können.

"Die Energiewende geht weiter, allen Unkenrufen zum Trotz", sagte Becker in Essen. Aber sie werde nur erfolgreich sein, wenn sie gemeinschaftlich gestaltet werde. Alle behördlichen Bereiche seien hiermit angesprochen, die Kommunen aber besonders.



Über 300 Teilnehmer folgten der Einladung des Bundesministeriums des Innern und der Mitveranstalter Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Lenkungs-gremium Geodateninfrastruktur Deutschland, kommunale Spitzenverbände und DVW e.V. zur 2. Nationalen INSPIRE-Konferenz nach Essen.



Dr. Jürgen Becker, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), eröffnete mit einer Keynote die 2. Nationale INSPIRE-Konferenz in Essen.
Fotos: BS/INTERGEO 2013/Nico Herzog

Die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie spiele für die Energiewende eine bedeutende Rolle. "Alle erforderlichen Geoinformationen sind bei der Verwaltung vorhanden, nur verteilt auf Kommunen, Länder und Bund", verdeutlichte Staatssekretär Becker. Die Geodateninfrastruktur müsste aktiviert und nutzbar gemacht werden, damit diese wertvollen Daten auch nützlich sein können. Doch die Daten seien zudem nicht nur verstreut vorhanden, sondern oftmals auch nicht interoperabel. Zeit und Kosten müssten aufgewandt werden, um die Daten

zusammenzuführen. Weiterhin seien die Datenlagen oft auch wenig übereinstimmend.

Die INSPIRE-Richtlinie verlangt dementsprechend einen interoperablen Datenbestand, der für die Transformation hin zu Erneuerbaren Energien notwendig sei.

"Der INSPIRE-Prozess ist nicht abgeschlossen", so Becker. INSPIRE sei ein Prozess, dessen Entwicklung kontinuierlich an politische Notwendigkeiten und technische Möglichkeiten angepasst werden müsse. Es gelte nicht nur, Wertschöpfungspotenziale zu aktivieren sondern auch den Nutzen der INSPIRE-Daten für die eigene Arbeit und die eigenen Ziele zu erkennen.

Mit der Transformation zu Erneuerbaren Energien stehe Deutschland vor einem entscheidenden Einschnitt und Wendepunkt, der alle zur Verfügung stehenden Daten in notwendiger Qualität bedürfe.

Die Energiewende sei laut Staatssekretär Becker ein Prozess vergleichbar der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, eine Operation am offenen Herzen.

INSPIRE schon weit in den Kommunen angekommen!



Modert von Dr. Georg Thiel, Ständiger Vertreter der Abteilungsleiterin O im Bundesministerium des Innern (3.v.l.) diskutierten v.l.n.r.: Dipl.-Geogr. Andreas Brodowski, Dr. Ulrich Huber, Dipl.-Geogr. Norbert Janiesch, Dr. Georg Thiel, Dipl.-Ing. Ulrich Frisch und Dipl.-Ing. Thomas Eichhorn über "Strategie und Mehrwerte kommunaler Regionalinitiativen".

Foto: BS/lin

(BS) Der Bürger solle von INSPIRE selbst gar nichts merken, sondern von dem was aus INSPIRE gemacht wird. Die Podiumsdiskussion der 2. Nationalen INSPIRE-Konferenz in Essen zeigte sich in diesem Punkt einstimmig. Doch worin liegen die Mehrwerte von INSPIRE?

Google habe die Geodaten "salonfähig" gemacht, doch Verlässlichkeit, Flächendeckung und amtliche Informationen könne Google nicht liefern. Hierin liege die Stärke von INSPIRE. Der Mehrwert amtlicher Daten liege in den Projekten und Regionalinitiativen, die durch INSPIRE entstehen, etwa 3D-Stadtmodelle oder Bebauungspläne.

Vielfältigkeit beachten

Doch bislang bauten die Kommunen noch ihre eigenen Produkte und Lösungen, und blickten dabei zu wenig über den Tellerrand. Hier sei eine Steuerung und Standards der Umsetzung notwendig.

"Wir müssen die Vielfältigkeit der kommunalen Ebene beachten. Wir müssen auf den

verschiedenen Ebenen aber auch mehr aufeinander eingehen und Verständnis für die Menge an Daten aufbringen, die gerade auf der Seite der Kommunen zu finden und nach der INSPIRE-Richtlinie umzusetzen sind", so die einhellige Meinung der Diskutanten.

Gerade die Kommunen bräuchten, und vor allem wollten sie zur Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie Rückhalt in der Politik. Oftmals fehlen dort finanzielle und personelle Ressourcen zur Bearbeitung. Hier sei mehr Unterstützung durch den Bund und die Länder notwendig.

Klare Vorgaben erwünscht

Ebenso erwarteten sich die Kommunen klare Vorgaben hinsichtlich der Termine zur Umsetzung. Schon jetzt ließe sich absehen, dass der bisherige Termin zur Umsetzung des INSPIRE Anhang III Ende dieses Jahres nicht haltbar sei.

Ein weiterhin viel diskutiertes Thema, auch in den Kommunen, bleibt der Datenschutz. Welche Daten dürfen unter diesem

Aspekt veröffentlicht werden? Wo beginnt und wo endet der Datenschutz kommunaler Geodaten? Auch hier fehlten bislang notwendige klare Rahmenbedingungen.

Doch trotz vieler ungeklärter Fragen, offenen Diskussionen und fehlenden Standards, so zeigte es die Nationale INSPIRE-Konferenz, ist INSPIRE schon weit in den Kommunen angekommen und auch umgesetzt. Als ein Beispiel wurde etwa der Geologische Dienst in Nordrhein-Westfalen benannt, der u.a. auch die Gefahren durch Bergbau im Untergrund kartiert und in einem Online-Geodatendienst zugänglich gemacht hat (http://www.gdu.nrw.de/GDU_Buerger/).

Das Fazit des Podiums an die Kommunen zur Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie und zur Erzeugung von Mehrwerten durch diese lautete eindeutig: Sie müssten die Realität abbilden. Sie müssten proaktiv werden. Sie müssten sich selbst durch Prototypen einbringen. INSPIRE ist eine fortschreitende Entwicklung, die sich nicht aufhalten lässt.

Wie aktiv sind die deutschen Kommunen?

(BS) Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beobachten die Schaffung und Nutzung ihrer Geodateninfrastrukturen und damit letztlich die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie. Seit dem 15. Mai 2010, und ab dann alle drei Jahre, übermitteln die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission einen zusammenfassenden Bericht über Koordinierung, Qualitätssicherung, Betrieb und Nutzung der Geodateninfrastruktur, Regelungen für die gemeinsame Nutzung von Daten, Kosten und Nutzen. Die Zusammenfassung des letzten INSPIRE-Monitoring-Berichts stellte Andreas von Dömming, Leiter der Koordinierungsstelle GDI-DE auf der 2. Nationalen INSPIRE-Konferenz in Essen vor, und warf dabei einen besonderen Blick auf die kommunale Geodateninfrastruktur.

Im ersten Schritt sei die Identifizierung der Geodatenätze notwendig. Wie Dömming ausführte, sei die Anzahl der identifizierten Geodatenätze und Geodatendienste sowie der meldenden Stellen seit 2009 stetig angestiegen. In 2012 lagen etwa 3.000 Geodatenätze vor. Im europäischen Vergleich



Andreas von Dömming, Leiter der Koordinierungsstelle GDI-DE. Fotos: BS/lin

läge Deutschland damit mit Spanien und Frankreich unter den führenden Nationen zur Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie.

In einigen Bundesländern läge die Konformität der Metadaten bei 100 Prozent, bei anderen dagegen zwischen 0 und 29

Prozent. Unter dem Aspekt der Konformität läge der Bund bei 71 Prozent, Deutschland insgesamt bei 66 Prozent.

"Die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie wird in Europa unterschiedlich gehandhabt. Es herrscht Heterogenität in Europa, die sich aber auch in Deutschland feststellen lässt", führte Dömming aus. Grund hierfür seien unterschiedliche Rahmenbedingungen.

Die Daten stammten von drei verschiedenen Verwaltungsebenen: dem Bund, 16 Bundesländern und 14.000 Kommunen mit verschiedenen Fachverwaltungen.

"Nicht nur die Beteiligung der Kommunen ist in den Bundesländern unterschiedlich, auch die Betroffenheit ist in den Ländern verschieden geregelt", betonte Dömming. Letztlich hätten sich im Berichtszeitraum 2012 insgesamt 170 von 300 kommunalen Stellen beteiligt und INSPIRE-Datenätze gemeldet.

"Das Monitoring zeigt uns, dass wir die Qualität steigern müssen. Vor allem aber müssen wir Geodaten über INSPIRE in die Nutzung bringen", so Dömming abschließend.

Herausforderung angenommen

(BS) "Viele Kommunen sind aktiv in INSPIRE, sie sind mitten im Geschäft!". Dr.-Ing. Stefan Ostrau, Kommunales Koordinierungsgremium GDI-DE, hob auf der 2. Nationalen INSPIRE-Konferenz die Ergebnisse und vor allem die Empfehlungen der kommunalen GDI-Umfrage hervor.

An der Umfrage beteiligten sich 1.018 Kommunen, einschließlich 25 Regionalkooperationen und 170 Kommunalkooperationen auf Kreisebene. Der Einsatz von Geoinformationen wurde in 10 verschiedenen Fachaufgaben untersucht. Diese stellten fest, dass in den Kommunen bereits eine Vielzahl von Geoinformationen geführt werde, allerdings bestehe auch noch erhebliches Ausbaupotential. "Wir müssen unseren Blick in die kommunale Praxis werfen. Was wird dort gebraucht?", stellte Ostrau fest. Bisher werde nur ein gerin-

ger Bruchteil der vorhandenen Daten auf kommunaler Ebene öffentlich bereitgestellt. In den Kommunen sei jedoch viel mehr Potenzial vorhanden. Notwendig sei es, den kommunalen Anwendungsbezug zu finden, also den unmittelbaren Nutzen für die Kommunen hervorzuheben.

Die GDI habe diese Herausforderung angenommen. Sie schaffe Hilfsmittel, nicht nur Werkzeuge. Mögliche Maßnahmen seien u.a. ein gemeinsamer Geofortschrittsbericht, die stärkere Einbindung von Geoinformationen in kommunale Aufgaben sowie die Darstellung des Anwendungsnutzens von INSPIRE und der GDI.



Dr.-Ing. Stefan Ostrau, fachlicher Sprecher des Kommunales Koordinierungsgremiums GDI-DE.

Speed Dating: Geoinformationen in kommunalen Lebenslagen

(BS) Welche Möglichkeiten Geoinformationen für die Kommunen bieten verdeutlichen, moderiert von Dr.-Ing. Jens Riecken, Vizepräsident DVW:

Rolf Beyer, Wirtschaftsförderung Rhein Sieg Kreis, mit dem "Energieatlas Rhein Sieg", Dr. Detlef Neitz, Stadt Rostock, mit "Klarschiff", Dr. Ulrich Ziegenhagen, Wirtschaftsförderung Bundesstadt Bonn, mit dem "Schaufenster Geoinformationen", Dipl.-Ing. Markus Schröder, Kreis Lippe, mit "D115 und Geodaten", Dipl.-Geogr. Jürgen Treptow, Stadt Soest, mit "Demografie und Geodaten", sowie Dipl.-Ing. Kartographie Andreas Fritsche, IHK für München und Oberbayern mit "Standortinformation Geodaten".

Foto: BS/lin

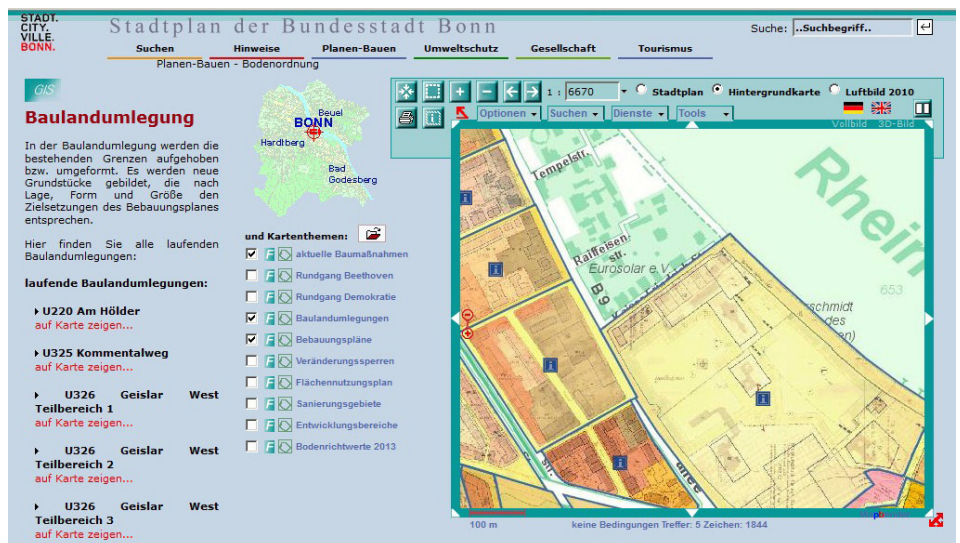


Strukturwandel in der Geobranche

(BS) "Wir blicken einem Strukturwandel in der Geobranche ins Auge. Unser Ziel sind dabei einfache Anwendungen für den Kunden." Dies stellte Dr. Ulrich Ziegenhagen, Wirtschaftsförderung der Bundesstadt Bonn, mit dem "Schaufenster Geoinformationen" vor. In der Bundesstadt gebe es ein hohes Geopotenzial. Nicht nur seien dort 20 Unternehmen der Geobranche beheimatet sondern auch Behörden, Kommunen und die Wissenschaft sei dort sehr aktiv.

"Bonn ist das Silicon Valley der Geoinformatik" stellte Dr. Ziegenhagen fest. Über 1.700 Fachthemen ständen auf dem Portal der Stadt Bonn, "verborgen" im Stadtplan, für den Bürger zur Verfügung. Darunter finden sich beispielsweise aktuelle Baumaßnahmen und entsprechende Veränderungssperren, Lärmkarten, Standortinformationen (z.B. Taxi, Haltestellen ÖPNV und Schwerbehindertenparkplätze), virtuelle Stadtrundgänge, Bebauungspläne oder auch die Baulandumgebung.

Die ca. 1.000 Bebauungspläne der Bundesstadt Bonn wurden gescannt und können über das Portal in der Karte in der Nachbarschaft der anderen rechtskräftigen Bebauungspläne betrachtet werden.



Im Stadtplan der Bundesstadt Bonn sind über 1.700 Fachanwendungen, hier beispielhaft die Bebauungspläne, hinterlegt.

Screenshot: BS/lin

Im Maßstabsbereich kleiner 1:25.000 wird eine Übersicht der rechtskräftigen Bebauungspläne gezeigt. Durch Berühren des Kartensymbols mit dem Mauszeiger erscheint ein Informationsfenster mit Angaben zur Bebauungsplannummer und zum Datum der Rechtskraft. Per Doppelklick auf eines der Kartensymbole wird unterhalb des

Kartenfensters eine Informationsmaske angezeigt. Von dort aus kann auch ein PDF-Dokument geladen werden, welches alle relevanten Informationen zu dem jeweiligen Bebauungsplan enthält.

Neben der klassischen Version des Stadtplans Bonn stehe auch hier eine Version für mobile Endgeräte zur Verfügung.

Open Data in deutschen Kommunen

(BS) Dipl.-Ing. Rolf-Werner Welzel, Deutscher Städtetag, Landesbetrieb Geoinformationen und Vermessung in Hamburg, verdeutlichte im Rahmen der 2. Nationalen INSPIRE-Konferenz in Essen das Potenzial von Open Data in deutschen Kommunen.

"Wir müssen uns aktiv mit Open Data auseinandersetzen. Die knappen Kassen in den deutschen Kommunen sind eine Chance. Was wir brauchen ist ein Paradigmenwechsel in den Köpfen", so Welzel.

Open Data sei weder selbstverständlich noch selbstverständlich akzeptiert. Doch unter den entsprechenden Rahmenbedingungen, etwa der finanziellen Situation, dem Einsatz der IT, der Kommunikation und Transparenz, dem demographischen Wandel sowie der modernen Arbeitswelt, sollen und würden sich die Kommunen gegenüber Open Data öffnen.

"Open Data muss man aus zwei Blickwinkeln betrachten. Es geht hierbei um großes volkswirtschaftliches Potenzial aber auch um Betriebswirtschaftlichkeit. Die zentrale Frage ist, welche Daten sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden?", sagte Welzel.

Nicht nur müsste eine Umorientierung hinsichtlich Open Data stattfinden sondern auch entsprechende Mehrwerte generiert werden. Als Vorreiter dieser Entwicklung nannte Welzel die Städte Berlin, Bremen, Hamburg und Köln. Dort seien bereits die Chancen und Potenziale erkannt worden.

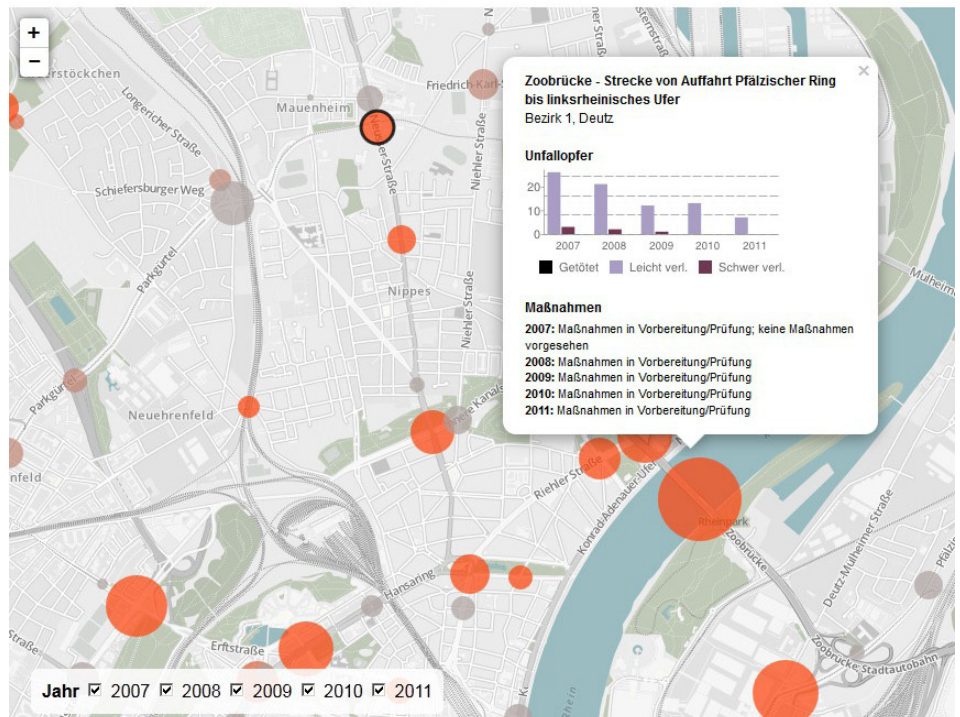
Kommunen müssen ihre Chancen nutzen

Beispielhaft sei etwa die Unfallkarte für Köln. In diesem Open Data Portal werden die Verkehrsunfälle im Stadtgebiet Köln der Jahre 2007 bis 2011 dargestellt.

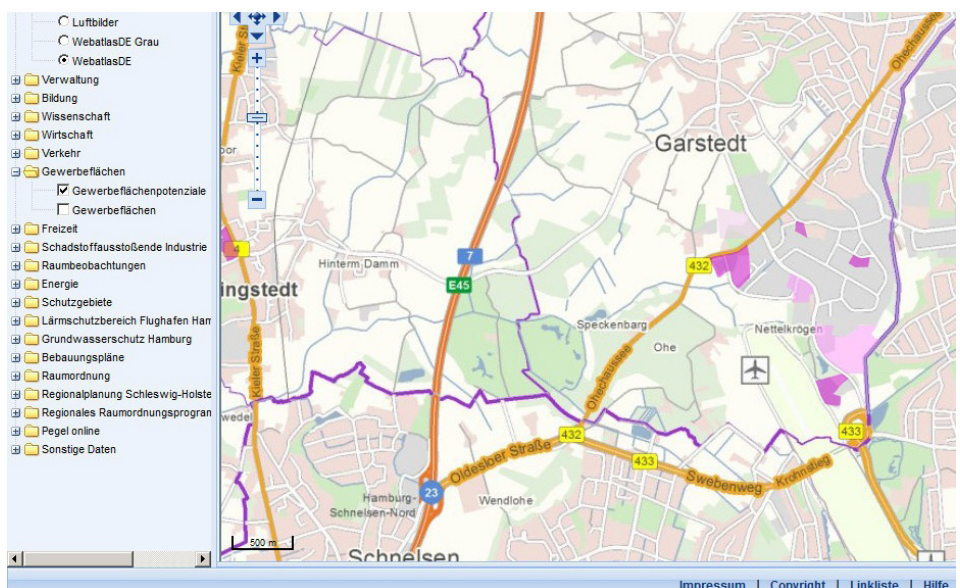
An den entsprechenden Unfallpunkten stehen Daten über die Anzahl der an dieser Stelle Getöteten, Leichtverletzten und Schwerverletzten ebenso zur Verfügung wie Informationen über geplante oder sich in Prüfung befindliche Maßnahmen zur Unfallvermeidung.

Große Chancen im Bereich Open Data hätten vor allem auch Metropolregionen. Einige dieser hätten bereits eigene Geoportale

Unfallkarte für Köln [Über diese Anwendung](#)



Welzel nannte Berlin, Bremen, Hamburg und Köln als Vorreiter für das genutzte Open Data Potenzial in Kommunen. Die oben dargestellte Unfallkarte Köln nannte er als ein Beispiel. Einen anderen effizienten Nutzen zeigt das Geoportal der Metropolregion Hamburg (unten), welches u.a. das Potenzial möglicher Gewerbeflächen aufführt. Screenshots: BS/lin



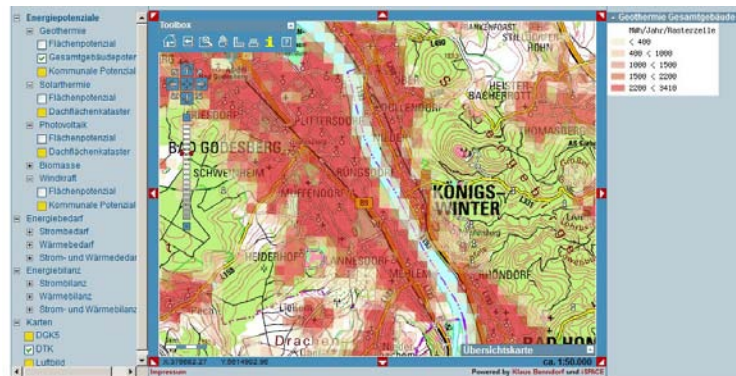
und würden diese entsprechend nutzen. Beispielhaft nannte Welzel die Metropolregion Hamburg. Diese führt in ihrem Geoportal u.a. etwa die Potenziale für mögliche

Gewerbeflächen in der Metropolregion an. "Die Transparenzgesetze für kommunale Geodaten werden kommen", betonte Welzel abschließend.

Potenzialstudie Energie Region Rhein Sieg

(BS) Wie Staatssekretär Jürgen Becker bei der Eröffnung der 2. Nationalen INSPIRE-Konferenz betonte, werden die Energiewende und die Transformation zu Erneuerbaren Energien kommen. Wie man sich heute schon ganz praktisch der Energiewende widmen kann, verdeutlichte Rolf Beyer, Wirtschaftsförderung des Rhein-Sieg-Kreises mit der Vorstellung des "Energieatlas Rhein-Sieg". 2012 wurde die interkommunale Bürger Energie Rhein-Sieg eG gegründet, welche es sich zur Aufgabe gemacht hat über den Energieverbrauch und das Potenzial Erneuerbarer Energien zu informieren. Bis Ende 2013 werde es eine Neuversion der digitalen Windkraft- und Solarkataster geben. "Wollen Sie in Ihren Behörden einen Beitrag zur Energiewende leisten? Welche Erneuerbare Energie ist dabei für Sie am besten geeignet?" fragte Beyer in das Auditorium.

Mit Hilfe des Energieatlas Rhein-Sieg lasse



Der Kartenausschnitt des Energieatlas Rhein-Sieg zeigt das Potenzial der Energiegewinnung durch Geothermie im Raum Bonn.

Screenshot: BS/lin

sich sowohl der Energieverbrauch als auch das Potenzial der Solarenergie, Geothermie, Biomasse und Windkraft standortspezifisch auch im Energiemix für nahezu jedes Gebäude ermitteln.

Beispielhafte erklärte Beyer, dass etwa in der Geothermie das größte Energie-Poten-

zial der Region Rhein-Sieg liege, gefolgt von Solar-kraft, Windkraft und Biomasse.

"Der Rhein-Sieg Kreis könnte seinen Energiebedarf mit Erneuerbaren Energien decken. Der Deckungsgrad des Kreises liegt bei 150 Prozent. Schon alleine für die Stadt Bonn

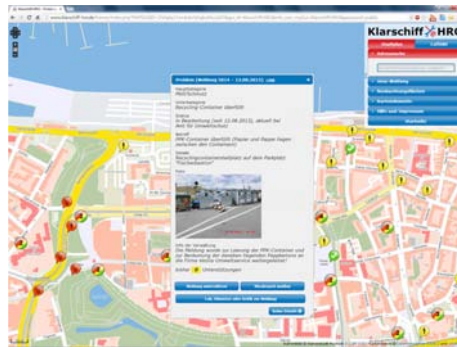
liegt der Deckungsgrad bei 80 Prozent", führte Beyer an. Mit der webbasierten Studie seien kleinräumige Aussagen ebenso möglich wie ein interaktives Erproben von Handlungsalternativen und die Findung optimaler Lösungen.

Mit dem Bürger "Klarschiff" machen

(BS) Kommunen können durch die Veröffentlichung ihrer Geodaten in vielerlei Hinsicht profitieren. Ein Beispiel kommunaler Chancen stellte Dr. Detlef Neitz, Stadt Rostock, mit "Klarschiff" dem Portal zur Bürgerbeteiligung in Rostock vor.

"Mit diesem Portal wird Verwaltungshandeln transparent", so Dr. Neitz in Essen. In dem Portal können Bürger selbst Meldungen einstellen, beispielhaft etwa eine defekte Straßenbeleuchtung, die über einen selbstlernenden Zuständigkeitsfinder an die entsprechend zuständige Abteilung der Verwaltung übermittelt werden. Bei diesem konkreten Beispiel der defekten Lampe sei sogar das automatische Kontaktieren der vertraglich-gebundenen Firma zur Instandsetzung möglich.

Das Portal könne für Meldungen, und gezielt für Lob, Hinweise oder Kritik an die Verwaltung verwendet werden. Das mit dem Geoportal verknüpfte Portal könne aber auch "nur" vom Bürger genutzt werden, etwa über die mögliche standortgenaue



Screenshot: BS/Neitz

Anzeige von Abfallbehältern oder Sitzgelegenheiten.

Seit dem Start des Portals im März diesen Jahres wurden bereits mehr als 5.200 Meldungen auf diesem Wege an die Verwaltung der Stadt Rostock übermittelt, alleine im Monat September wurden insgesamt 420 neue Meldungen erfasst. Eine typische Bürgerinteraktion sei etwa die Meldung von abgeladenem Sperrmüll. Es besteht die Möglichkeit dies standortgenau zu übermitteln

und auch ein Foto hochzuladen.

Aber nicht nur die Probleme werden angezeigt sondern auch der Status deren Bearbeitung, beispielhaft etwa die Entfernung von illegal abgeladenem Sperrmüll, durch die zuständige Verwaltung. Über Symbole für "Probleme" und "Ideen" könnten sich die Bürger in diesem Portal aktiv in die Verwaltung einbringen. Dabei bleibe der Datenschutz gewährt, aufgenommen werde lediglich eine E-Mail Adresse der meldenden Person. "Mit 'Klarschiff' wird aber nicht nur das Handeln der Verwaltung für den Bürger transparent. Über den selbstlernenden Zuständigkeitsfinder und das regelbasierte Qualitätsmanagement wird auch die Arbeitsorganisation der Verwaltung optimiert", betonte Dr. Neitz. Das Portal stehe neben der klassischen browserbasierten Version auch in einer mobilen Version zur Verfügung. Ebenso gebe es eine Variante für Bürger und den Kommunalen Ordnungsdienst. Mehr zu "Klarschiff" unter:

www.klarschiff-hro.de

"Noch viel Arbeit erforderlich"

(BS) Die besondere Notwendigkeit der INSPIRE-Richtlinie liegt im vollständigen Zugang und der Verfügbarkeit der entsprechenden Daten. Zentraler Suchdienst für INSPIRE-Daten und INSPIRE-Dienste in Deutschland ist der Geodatenkatalog (GDK), den Prof. Dr. Hansjörg Kutterer, Präsident des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) in Essen vorstellte.

Bislang fänden sich im Katalog rund 90.000 Metadaten zu Daten, Diensten und Applikationen. Nach dem INSPIRE-Monitoring 2012 sei die Dokumentation der für INSPIRE gemeldeten Daten und Dienste mittels Metadaten noch ausbaufähig. Diese sollten gemäß GDI-DE Konvention zu Metadaten das Schlüsselwort "inspireidentifiziert" enthalten.

Bislang seien nur 40 Prozent der INSPIRE Metadaten im GDK mit Keyword inspireidentifiziert. Diese und weitere Konventionen sowie Erläuterungen zu Metadaten

würden vom GDI-DE Arbeitskreis Metadaten erarbeitet. Im vergangenen Jahr hätten 179 Kommunen INSPIRE-Datengemeldet. "Alle kommunalen Metadaten finden sich im Geodatenkatalog, aber sie finden sich dort auf unterschiedliche Weise", so Prof. Kutterer. Über die Stichworte "Stadt", "Gemeinde" oder "Kreis" würden sich beispielsweise unterschiedliche Ergebnisse ergeben. Daher sei auch die tatsächliche Anzahl kommunaler Geodaten im Katalog nicht zu beziffern, denn die verwendeten Suchbegriffe könnten auch in den Metadaten des Bundes und der Länder auftauchen.

"Es ist noch viel Arbeit notwendig, da sich im Katalog eben nicht nur rein kommunale Daten finden", verdeutlichte Kutterer. In den Katalog fließen ebenso Daten des Bundes und der Länder sowie weitere Kataloge ein. Somit sei der Geodatenkatalog die zentrale Plattform für INSPIRE-Daten.

Ebenso werde der GDK die zentrale Schnittstelle für das GovData Portal bereitstellen. Der Betrieb und die Weiterentwicklung des Geodatenkatalog erfolgt bis mindestens Ende 2017 durch das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.



Prof. Dr. -Ing. Hansjörg Kutterer, Präsident des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) und Mitglied des Herausgeberbeirates von geodata kompakt, stellte im Rahmen der 2. Nationalen INSPIRE-Konferenz mit dem Geodatenkatalog den zentralen Suchdienst für INSPIRE-Daten und -Dienste in Deutschland vor.

Foto: BS/lin



Screenshot: BS/BKG 2013

Impressum

Herausgeberbeirat "Behörden Spiegel Newsletter geodata kompakt": Vorsitz Dr. Georg Thiel, Bundesministerium des Innern.

Beiratsmitglieder: Prof. Dr. Hansjörg Kutterer, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Hilmar von Lojewski, Beigeordneter des Deutschen Städtetages für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, Franz Thiel, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Ulrich Püß, Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr des Freistaates Thüringen.

Herausgeber und Chefredakteur von "Behörden Spiegel Newsletter geodata kompakt" und verantwortlich: R. Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Patricia B. Linnertz. Redaktion: Benjamin Bauer, Hartmut Bühl (Brüssel), Franz Drey, Julian Einhaus, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Sabrina Grenz, Carsten Köppl, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Dr. Gerd Portugall. Redaktionsassistent: Kerstin Marmulla (Bonn), Sonja Bechthold (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: +49-228-970970, Telefax: +49-228-97097-75, E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn, HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter geodata kompakt". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.